

# Mit Trump ins Licht

## Die neue syrische Regierung öffnet dem Kapital, vor allem US-amerikanischem, die Tore. Dabei geht es auch um geopolitische Erwägungen vor dem Hintergrund alternativer Energiekorridore

Von Tim Krüger

Geht es nach dem US-amerikanischen Sondergesandten für Syrien, Tom Barrack, könnte das Land bald zu einem der zentralen Umschlagplätze für den Öl- und Gastransfer in der Region werden, berichtete das in London ansässige arabische Politik- und Wirtschaftsmagazin *Al-Majalla* Mitte April auf seiner Website. Das zur saudiarabischen Saudi Research and Media Group gehörige Medium berief sich dabei auf ein Dokument des US-Diplomaten, welches vor dem Hintergrund der Sperrung der Straße von Hormus und der anhaltenden Instabilität der Straße von Bab Al-Mandab alternative Routen für die globalen Energieflüsse diskutiert. Syrien soll dabei eine Schlüsselrolle zukommen. Neben den eigenen, nicht ausgeschöpften Öl- und Gasreserven im Nordosten des Landes, die seit der Offensive der syrischen Übergangsregierung gegen die Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens im Januar wieder unter Kontrolle von Damaskus stehen, könnte das Land mit seiner strategischen Position zwischen dem Irak, den Golfstaaten, der Türkei und dem direkten Zugang zum Mittelmeer eine entscheidende Brückenfunktion einnehmen. Ein Netz aus bestehenden und noch zu errichtenden Pipelines könnte das Land zukünftig zu einem der führenden Transferländer für Öl- und Gaslieferungen in Richtung der europäischen Märkte machen.

### Assads »Sozialismus« abschaffen

Doch auch neben der geopolitischen Dimension solcher Projekte verspricht das kriegsgebeutelte Land lukrative Investitionsmöglichkeiten. Seit nach dem Sturz des Assad-Regimes die islamistische Miliz Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) im Dezember 2024 die Regierungsgewalt an sich gerissen hat, ist ein regelrechter Run ausländischer Investoren auf den syrischen Markt losgebrochen. Zahlreiche Akteure des regionalen und internationalen Kapitals reißen sich um die besten Anteile beim Ausverkauf der durch Sanktionen und Kriegszerstörung mürbe gemachten syrischen Wirtschaft. Schon wenige Wochen nach der Machtübernahme der HTS machte sich der frisch ernannte syrische Außenminister Asaad Al-Schaibani im Januar 2025 auf den Weg zum alljährlich in Davos stattfindenden World Economic Forum, um dem interessierten Publikum die zukünftige Wirtschaftspolitik seiner Regierung zu erläutern. Der ehemalige Dschihadist und Topdiplomate warb für die »vielfältig(en) wirtschaftlichen Ressourcen« seines Landes und versprach, »den Weg für ausländische Investitionen zu ebnen«. Das Wirtschaftsmagazin *Financial Times*

(22.1.2026) zitierte den syrischen Außenminister, dass es nun darum gehe, »den Sozialismus der Assad-Ära abzuschaffen«. Die noch unter staatlicher Kontrolle verbliebenen Wirtschaftszweige sollen privatisiert, die vorher abgeschottete Wirtschaft für ausländisches Kapital geöffnet werden. Auch im Bereich der Infrastruktur solle geprüft werden, wie durch öffentlich-private Joint-Ventures und Partnerschaften Investitionen in Flughäfen, Eisenbahnen und Straßen gefördert werden können. Die größte Aufgabe bestehe aber darin, Käufer für die vielen im Verfall begriffenen Unternehmen des Landes zu finden.

Die Investoren ließen nicht lange auf sich warten. Besonders der Energiesektor des Landes stand von Anfang an im Fokus des ausländischen Interesses. Bereits im Mai 2025 unterzeichneten die katarische UCC Holding, die türkischen Energiekonzerne Cengiz Energy und Kalyon Energie sowie die US-amerikanische Investmentfirma Power International USA einen sieben Milliarden US-Dollar schweren Deal über Investitionen im Energiesektor Syriens. Bereits 2025 hatten auch erste Verhandlungen über Konzessionen zur Öl- und Gasförderung begonnen. Dabei wurde Tom Barrack in seiner Funktion als Sondergesandter der USA nicht nur bei jeder feierlichen Unterzeichnungszeremonie als Ehrengast empfangen, er dürfte auch selbst federführend an der Vermittlung und Ausarbeitung der strategischen Kooperationsabkommen beteiligt gewesen sein. So agiert der US-Diplomat im Mittleren Osten nicht nur als Verwalter und Mittelsmann US-amerikanischer Kapitalinteressen, sondern ist auch selbst ein mehr als umtriebiger Unternehmer.

## **Ein Söldnerdiplomate**

Der Sondergesandte, der seine privatwirtschaftliche Karriere in einer Rechtsanwaltskanzlei begann, gilt als alter Freund und Geschäftspartner Donald Trumps und ist seit langen Jahren für seine guten Beziehungen zu den Herrscherhäusern der Golfmonarchien, aber auch den Regierungskreisen der Türkei bekannt. Er ist Gründer, ehemaliger Vorsitzender und CEO der Investmentgesellschaft Colony Capital, die 2021 in Digital Bridge umbenannt wurde. Das Unternehmen zählt heute zu den weltweit größten Investoren im Bereich digitale Infrastruktur und verwaltet mit Niederlassungen in 19 Ländern ein Vermögen von rund 80 Milliarden US-Dollar. Die Beschreibung seiner Vita auf der Website der US-Botschaft in Ankara rühmt den umtriebigen Geschäftsmann als »Visionär, Querdenker und Vorreiter«, der ein »globales Netzwerk von Beziehungen« zu »den weltweit renommiertesten (...) mittelöstlichen Investoren und Regierungen« unterhalte. Was die Website der Botschaft verschweigt, ist, dass es eben diese weitreichenden »Beziehungen« waren, die dem Diplomaten 2022 eine Anklage wegen Verschwörung, Behinderung der Justiz und Falschaussage gegenüber der amerikanischen Bundespolizei FBI einbrachten. Barrack soll als »nichtregistrierter ausländischer Agent« während der ersten Amtszeit Donald Trumps seinen Zugang zum Weißen Haus genutzt haben, um im Interesse der Vereinigten Arabischen Emirate Einfluss auf die Regierung zu nehmen, so die Anklage der Staatsanwaltschaft.

2022 wurde Barrack in allen Anklagepunkten freigesprochen. Das hindert den Geschäftsmann aber nicht, auch heute noch gerne von sich selbst zu behaupten, dass er »kein Politiker«, sondern vielmehr »ein ereignisorientierter

Söldnerdiplomaten« sei. Barrack dürfte es auch gewesen sein, der die jüngsten Verhandlungen und Vertragsabschlüsse zwischen dem syrischen Staat und US-amerikanischen Ölkonzernen angebahnt hat. So verhandelten bereits im Dezember vergangenen Jahres die US-Ölfirma Chevron und die Investmentgesellschaft UCC Holding aus Katar mit der staatlichen Syrian Petroleum Company und dem syrischen Übergangspräsidenten Ahmed Al-Scharaa über die Förderrechte in den Öl- und Gasfeldern im Osten Syriens. Zum Zeitpunkt der Sondierungsgespräche stand die Region noch unter Kontrolle der Demokratischen Kräfte Syriens. Doch bereits einen Tag nachdem syrische Regierungstruppen das Al-Omar-Ölfeld in der Region Deir Al-Zor unter ihre Kontrolle bringen konnten, verkündete der Chef der Syrian Petroleum Company bei einer Pressekonferenz, dass nicht nur Chevron plane, in den syrischen Markt einzusteigen, sondern auch der US-Konzern Conoco Phillips in die syrische Gasförderung investieren werde. Von da an ging es Schlag auf Schlag.

So unterzeichneten der nordamerikanische Öl- und Gasriese Chevron, das katarische Unternehmen Power International Holding und die syrische staatliche Ölgesellschaft am 4. Februar 2026 eine gemeinsame Absichtserklärung, um die Möglichkeiten der bisher noch unerschlossenen Unterseespeicher vor der syrischen Mittelmeerküste zu prüfen. Barrack kommentierte den Vertragsabschluss zufrieden: »Wo Chevron hingehet, geht auch Amerika hin.« Am 10. Februar berichtete die Nachrichtenagentur *Reuters*, dass die beiden saudischen Unternehmen ACWA Power und TAQA zusammen mit den drei US-Unternehmen Baker Hughes, Hunt Energy und Argent LNG geplant hätten, ein Konsortium für die Öl- und Gasförderung in den kürzlich eroberten Gebieten Nord- und Ostsyriens zu bilden. Jonathan Bass, der CEO von Argent LNG, bestätigte gegenüber *Reuters*, dass die Absichtserklärung in den kommenden Wochen unterzeichnet werden würde, und erklärte zufrieden, dass man sich »freue (...), die Visionen von US-Präsident Donald Trump und dem syrischen Präsidenten Ahmed Al-Scharaa zu verwirklichen und das Land aus der Dunkelheit ins Licht zu führen«.

Während es bei den genannten Projekten vorrangig um marktwirtschaftliche Interessen der einzelnen Konzerne gehen dürfte, spielen bei den neuesten Überlegungen Tom Barracks, laut *Al-Majalla* geo- und sicherheitspolitische Erwägungen die Hauptrolle. So zitiert das Onlinemagazin den US-Sondergesandten, dass der »Konflikt im Rahmen der Operation Epic Fury, die Sperrung der Straße von Hormus und die Engpässe im Roten Meer, (...) die Lage grundlegend verändert und die Landbrücke durch Syrien zu einem geopolitischen Sicherheitsvorteil gemacht« hätten. »Wenn maritime Engpässe zu Waffen gemacht« würden, dürfe man derartige Projekte nicht als rein »kommerzielles Projekt« betrachten. »Die Argumente für einen syrischen Energiekorridor« müssten »daher in erster Linie auf geopolitischen Sicherheitserwägungen beruhen« und nicht »wirtschaftlichen Argumenten« folgen. Die Verwundbarkeit der globalen Handelswege, insbesondere der Energiekorridore, bereitet den Strategen in den westlichen Hauptstädten seit geraumer Zeit Kopfzerbrechen. In den vergangenen Jahren wurde vor allem der im September 2023 am Rande des G20-Gipfels in Neu-Delhi verkündete India Middle East Europe Economic Corridor, kurz IMEC, als vielversprechende Alternative zur instabilen und anfälligen Route durch das Rote Meer und den Suezkanal gehandelt.

## Zu viele Unsicherheiten

Das unter Federführung der Vereinigten Arabischen Emirate, Israels und der USA entwickelte Megaprojekt soll nicht nur eine Alternative zur chinesischen »Belt and Road«-Initiative, umgangssprachlich bekannt als »Neue Seidenstraße«, darstellen, sondern laut EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Warenstrom aus den östlichen Produktionsstätten auf die europäischen Märkte beschleunigen. Der IMEC besteht laut den Plänen aus einem »Ostkorridor«, der den indischen Subkontinent per Schiff mit den Häfen der Vereinigten Arabischen Emirate verbindet, sowie einem »Nordkorridor«, der per Schiene, Straße und Röhre bis nach Israel und von dort aus über das Mittelmeer an die europäischen Häfen führen soll. In der Absichtserklärung, die am 9. September 2023 auf der Website des Weißen Hauses veröffentlicht wurde, heißt es, der IMEC solle dazu dienen, »die wirtschaftliche Entwicklung durch erhöhte Konnektivität und die ökonomische Integration zwischen Asien, dem Arabischen Golf und Europa anzuregen«. Doch das Megaprojekt, dessen enorme Infrastrukturbaumaßnahmen unter anderem in den kommenden Jahren durch die EU-Initiative »Global Gateway« mit bis zu 300 Milliarden Euro Investitionen hätten gefördert werden sollen, hängt an einem seidenen Faden.

Als zentraler Übergangshafen in das Mittelmeer wurde der israelische Hafen in Haifa gehandelt. Doch ist dieser auch weiterhin aufgrund seiner Nähe zur libanesischen Grenze durch potentielle Angriffe der libanesischen Hisbollah bedroht. Noch ist es der israelischen Armee nicht gelungen, die strategischen Kapazitäten der schiitischen Organisation ausreichend zu schwächen, so dass die Sicherheit des Umschlagplatzes am Ostmittelmeer langfristig garantiert werden könnte. Doch die größte Schwachstelle des IMEC hat sich in den vergangenen Wochen seit dem Beginn des US-amerikanischen und israelischen Angriffs auf den Iran in aller Deutlichkeit offenbart: das Nadelöhr der Straße von Hormus. Solange die Islamische Republik Iran die Möglichkeit hat, den Zugang zur Meerenge militärisch zu schließen, bleibt sie die ungeschützte Achillesferse des Projekts. Schon vor den jüngsten Auseinandersetzungen wurde die Umsetzbarkeit des Projektes immer wieder in Zweifel gezogen und seit dem Beginn des Krieges in der Region nach dem 7. Oktober 2023 liegt der IMEC de facto auf Eis. Dass der Krieg am Golf eine tatsächliche Umsetzung des Handelskorridors in nicht abzuschätzende Ferne gerückt hat, dürfte derweil für andere Akteure ein Grund zu klammheimlicher Freude sein.

Das Projekt war von Beginn an heftig umstritten, nicht zuletzt weil es eine Umgehung einflussreicher Akteure in der Region bedeuten würde. So versuchte vor allem die Türkei nach dem sanktionsbedingtem Einbruch des Handels über den »Nördlichen Korridor«, also die Landverbindung zwischen den Industriestandorten Chinas über die Russische Föderation und Belarus in die Europäische Union, Vorteile aus ihrer geographischen Position zu schlagen und sich mit ihrem Territorium als zentrale Alternativroute für den Ost-West-Transfer in Stellung zu bringen. Der »Mittlere Korridor« führt dabei über den Westen Chinas, die Turkstaaten Zentralasiens und die Türkei in die EU und bleibt auch für die deutsche Wirtschaft eine strategisch wichtige Alternative. So erklärte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) anlässlich seines Besuchs in der aserbajdschanischen Hauptstadt Baku im vergangenen April, dass man zwar an »wirtschaftlichen und handelswirtschaftlichen Beziehungen mit dem Fernen Osten, Südwestasien und China interessiert« sei, sich aber

auch der »Begrenztheit der aktuellen Transportwege« bewusst sei. Daher sei der »Mittlere Korridor auch eine interessante Perspektive für die deutsche Wirtschaft«, so Steinmeier. Der EU-Parlamentarier Sergey Lagodinsky unterstrich im November 2025 anlässlich des 44. Treffens des Berliner Eurasischen Klubs (BEK), einer gemeinsamen Dialogplattform des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft und der Berliner Botschaft Kasachstans, dass der Mittlere Korridor »nicht nur ein Handelsweg, sondern auch Teil der europäischen Resilienzstrategie« sei.

Ergänzt wird der Korridor für den Gütertransfer durch den »südlichen Gaskorridor«. Dabei handelt es sich um ein Pipelinesystem, das die aserbaidischen Gasfelder am Kaspischen Meer über das türkische Staatsgebiet mit den europäischen Netzen verbindet. Das Rückgrat des »südlichen Gaskorridors«, den Erdoğan in einer Rede anlässlich der Baku Energy Week im Juni 2022 als »Europas vierte Erdgasarterie in dieser kritischen Phase« bezeichnete, bildet die Transanatolische Erdgaspipeline TANAP. Das Megaprojekt wurde von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) mit einem Kredit von 500 Millionen US-Dollar unterstützt. Das Pipelinennetz liefert seit 2020 durchschnittlich 8,15 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr in die Europäische Union. Es bildet damit auch die Voraussetzung für den im August 2022 von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Aserbaidschans Regierungschef İlham Aliyev geschlossenen Gasdeal. Im Rahmen der unterzeichneten Vereinbarungen soll der Gasimport in die EU bis zum Jahr 2027 auf 20 Milliarden Kubikmeter jährlich anwachsen.

## **Historische Chance**

Doch die Türkei ist stets bemüht darum, den Zufluss in das Pipelinennetz durch weitere neue Quellen zu diversifizieren. So ist besonders interessant, dass der türkische Energieminister Alparslan Bayraktar am 29. Dezember vergangenen Jahres verkündete, dass die Türkei beabsichtige, 2026 ein Energieexplorationsabkommen mit Syrien zu schließen, um mögliche Offshore-Energiequellen entlang der syrischen Küste zu untersuchen. Eine erste Pipeline ist bereits im August vergangenen Jahres eingeweiht worden und erstreckt sich über 93 Kilometer von der türkischen Stadt Kilis in die Industriemetropole Aleppo im Norden Syriens. Die durch katarische Finanziere ermöglichte Pipeline soll jährlich rund zwei Milliarden Kubikmeter aserbaidisches Gas aus der TANAP nach Aleppo leiten und dort Gaskraftwerke zur Stromversorgung speisen. Auch wenn das Flüssigerdgas bisher nur einseitig fließt, ist das Projekt Teil einer strategischen Vision. So analysierte İsmail Sarı, Dozent an der Hacı Bayram Veli Universität in Ankara, dass die »multilateralen Kooperationen« auch die »geopolitische Vision der Türkei im östlichen Mittelmeerraum« prägen würden. Es gehe um mehr als kurzfristige Deals, es gehe um das Potential, einen »neuen Korridor zu eröffnen, der in bestehende Linien wie TANAP integriert werden« könne.

Während man in Ankara die letzten Jahre nicht zu Unrecht gefürchtet hatte, durch Umgehungsprojekte wie den IMEC langfristig an den Spielfeldrand befördert zu werden, könnte die aktuelle Krise in der Region eine echte Wende herbeiführen. So erklärte der türkische Botschafter in Damaskus, Nuh Yılmaz, am Rande des Antalya Diplomacy Forums am 18. April, dass »die Türkei und Syrien nach der siebenwöchigen Sperrung der Straße von Hormus für den

Handelsschiffverkehr vor einer historischen Chance stünden, ihre Position auf dem Energiemarkt zu stärken«. Die aktuelle Energiekrise könnte die Erforschung von Landwegen beschleunigen, die auf das türkische Staatsgebiet führen oder einen direkten Zugang zum Mittelmeer ermöglichen, so Yılmaz. Auch der syrische Präsident Ahmed Al-Scharaa äußerte sich in Antalya gegenüber der türkischen staatlichen Nachrichtenagentur *Anadolu* und betonte, dass Syrien »einen sicheren Korridor für Energieversorgung und Handelswege bieten« könne, und verwies auf die »Four Seas«-Initiative, ein noch vages geopolitisches Vorhaben, das auf die Integration der Energie- und Handelsnetze vom Kaspischen Meer, dem Mittelmeer, dem Schwarzen Meer und dem Golf über die Türkei und Syrien zielt.

Der ehemalige türkische Präsident Abdullah Gül hatte das Projekt bereits 2009 anlässlich seines Besuchs beim früheren syrischen Regierungschef Baschar Al-Assad ins Spiel gebracht. Durch die Entwicklungen in Syrien und der Region auf Eis gelegt, scheint die Vision von Syrien und der Türkei als zentralem Knotenpunkt für Handel und Energieversorgung aufgrund der aktuellen Lage wieder hoch im Kurs zu stehen. So zitiert die syrische Zeitung *Enab Baladi* die Rede des US-Sondergesandten Tom Barrack anlässlich einer Dialogkonferenz der Denkfabrik Atlantic Council und des Syrian American Business Council am 26. März in Washington, D. C., dass der Mittlere Osten derzeit einen »außergewöhnlichen historischen Moment« durchlebe und Syrien über die geistigen, geographischen und geopolitischen Voraussetzungen verfüge, um Teil der Lösung für das Dilemma rund um die Straße von Hormus und das Rote Meer zu werden. Laut *Enab Baladi* erinnerte Barrack das Publikum, das unter anderem aus Vertretern US-amerikanischer Energie-, Öl- und Technologieunternehmen, dem Chef der Syrian Petroleum Company sowie syrischen und US-amerikanischen Staatsvertretern bestand, auch an das zu den Akten gelegte »Four Seas Project«.

## **Direktverbindung nach Katar**

Dass es sich bei dem aktuellen Vorstoß des US-Sondergesandten keineswegs um einen Alleingang oder eine neu entstandene Idee handelt, zeigen Berichte und Analysen aus den vergangenen Jahren. So berichtete das Magazin *Business Insider* unter Berufung auf ein Strategiepapier der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) bereits im März 2022, dass die Türkei zum zukünftigen »Energiehub für Europa« werden könnte. Das Papier stellt fest, dass »der Ausbau des südlichen Gaskorridors und die Nutzung der Türkei als strategischen Energiehub mit Zugang zu Gasvorkommen im Kaspischen Meer und östlichen Mittelmeer echte Alternativen bieten« würden. Auch die Potentiale für den Import von »aserbaidshanischem, turkmenischem, irakischem und in Zukunft auch iranischem Öl und Gas seien noch nicht ausgeschöpft«, so das Magazin. Dass Syrien dabei eine Schlüsselrolle zukommt, darüber ist man sich auch in Brüssel einig. Die Nachrichtenagentur *Reuters* berichtete im April von einem Dokument, in dem die Europäische Union ihre Absichten zu einer umfassenden Wiederaufnahme der Kooperation mit Syrien darlegt. Neben Fragen des politischen Dialogs und der möglichen Rückkehr syrischer Geflüchteter betont das Dokument auch, Syrien werde zukünftig eine wichtige Rolle als Knotenpunkt für den Energietransport, Güterverkehr und digitale Verbindungen spielen.

Neben der 2003 stillgelegten Kirkus-Baniyas-Rohölpipeline, die vom Irak durch Syrien bis zum Mittelmeer verläuft und deren Wiedereröffnung Bagdad und Damaskus bereits im August 2025 beschlossen hatten, könnte auch das Projekt einer Gaspipeline von Katar in die Türkei auf die Tagesordnung kommen. Eine direkte Linie, die Katar, das mehr als zehn Prozent der weltweiten Erdgasreserven besitzt und heute der zweitgrößte Exporteur von LNG ist, über Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien mit der Türkei verbindet, wurde bereits 2005 vorgeschlagen, musste aber im Jahr 2009 aufgrund der Ablehnung der damaligen syrischen Regierung vorerst verworfen werden. Für Europa, das heute ca. 15 Prozent seines Gases aus der Golfmonarchie bezieht und insbesondere seit dem Einbruch der Gaslieferungen aus Russland nach weiteren Möglichkeiten der Diversifizierung sucht, würde eine Direktverbindung nach Katar einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil bedeuten. Bereits zwei Tage nach dem Sturz des alten Regimes holte der türkische Minister für Energie und natürliche Ressourcen, Alparslan Bayraktar, bei einer Pressekonferenz am 10. Dezember 2024 die Pläne wieder aus der Schublade und sprach anlässlich des Antalya Diplomacy Forums erneut davon, dass es sich um ein »unbedingt notwendiges Projekt« handle.

Eine weitere Möglichkeit, Gas in Richtung der europäischen Märkte zu leiten, wäre eine Verlängerung der bestehenden »Arabischen Gaspipeline«, die von Ägypten über Jordanien und Syrien in Richtung der Türkei verläuft. Bisher endet die Röhre an den syrischen und libanesischen Häfen von Baniyas und Tripolis, könnte aber bis in das auf türkischem Staatsgebiet gelegene Kilis erweitert werden. Zukünftig würde dies den Export von ägyptischem, aber auch israelischem Gas nach Europa erleichtern.

Fraglich bleibt, ob Israel diese Möglichkeit wahrnehmen würde. Letztlich würde der Export über eine solche Pipeline die Türkei als regionalen Kontrahenten stärken und könnte auch zu Verstimmungen zwischen Israel und seinen Partnern im Ostmittelmeer, Zypern und Griechenland, führen. Israel hat in den vergangenen Jahren verstärkt auf den Ausbau der Beziehungen im Rahmen des East Mediteranean Gas Forums und damit auf eine Umgehung der Türkei und Syriens gesetzt. So unterzeichneten die EU, Ägypten und Israel im Juni 2022 ein Abkommen, das den Export israelischen Gases über ägyptische LNG-Terminals nach Europa vorsieht.

Eine Eröffnung der Arabischen Gaspipeline in die Türkei würde nicht nur die Dominanz der Türkei in Syrien weiter festigen, sondern auch die Konkurrenz im Mittelmeer verschärfen. Die Spannungen zwischen der Türkei und Israel, aber auch weiteren regionalen Akteuren könnten zum destabilisierenden Faktor und Hindernis für die ambitionierten Projekte der Türkei und Syriens werden.

So bleibt offen, inwiefern und in welchem Umfang die nun hitzig diskutierten Visionen tatsächlich Realität werden können. Laut *Al-Majalla* gibt sich Tom Barrack äußerst zuversichtlich. So erwarte der US-Sondergesandte, dass das syrische Pipelinenetz innerhalb der nächsten drei Jahre vollständig wiederhergestellt werde und parallel dazu größere Projekte wie die Katar-Türkei-Pipeline abgeschlossen werden könnten. Das hängt aber nicht nur von wirtschaftlichen, sondern vor allem von politischen und militärischen Faktoren ab. Die neue Rolle, die Syrien nach den Plänen der unterschiedlichen Akteure

zuteil werden soll, verdeutlicht aber einmal mehr, warum 14 Jahre so erbittert um dieses Land gekämpft wurde.

→ Tim Krüger schrieb an dieser Stelle zuletzt am 29. Januar 2026 über die syrischen Angriffe auf die kurdische Selbstverwaltung: [»Offensive gegen Kobani«](#)

*<https://www.jungewelt.de/artikel/522011.mittlerer-osten-und-energiepolitik-mit-trump-ins-licht.html>*